

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 2031/2012
Amt/Aktenzeichen 70 00 66 / He	Datum 10.12.2012	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim	Kenntnisnahme	31.01.2013	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1421/2012 CDU, Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim
hier: Verkehrssituation Wertstoffhof

Mainz, 12. Dezember 2012

gez. Eder

Katrin Eder
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Der im Stadtteil Hechtsheim befindliche „Recyclinghof Süd“ stellt in Mainz eine bedeutende Entsorgungsstation für private Abfälle der Bürgerschaft sowie für Kleinmengen von Gewerbebetrieben dar. Aktuell werden jährlich über 6.000 t Abfälle über die Einrichtung ordnungsgemäß entsorgt.

Diese über die Jahre gewachsene, erfreulich hohe Akzeptanz des Recyclinghofes Süd hat mittlerweile leider zur Folge, dass es während der Stoßzeiten sowie bei den täglich durchzuführenden Containertauschbewegungen durch LKW-Entsorgungsfahrzeuge teilweise zu den besagten Verkehrsproblemen kommt.

Aus Sicht der Verwaltung ist zur Anpassung des Recyclinghofes Süd an die gestiegenen abfallwirtschaftlichen Erfordernisse eine Erweiterung und Optimierung der gesamten Einrichtung erforderlich. Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz arbeitet zur Zeit an einem entsprechenden Konzept. Die letztes Jahr in Angriff genommene Planung berücksichtigt eine Erhöhung der Durchsatzkapazität des Betriebes, die Optimierung des Verkehrsflusses durch Anlage eines Rundweges auf dem Betriebsgelän-

de und die Trennung der Ein- und Ausfahrt über separate Waagen sowie weitere betriebliche Verbesserungen, die z. B. der Kundschaft das Abladen ihrer Abfälle an den Sammelcontainern erleichtern. Durch die Verringerung der effektiven Aufenthaltszeiten und die schnellere Abfertigung werden die Rückstaus geringer bzw. entfallen ganz.

Die Maßnahme ist nach Bundesimmissionsschutzrecht genehmigungspflichtig und erfordert im Vorfeld die Klärung von Grundstücksfragen sowie die Verlegung des an den Recyclinghof Süd grenzenden Betriebshofes des Straßenbetriebes vom Stadtplanungsamt. Außerdem ist ein landespflegerischer Begleitplan gemäß Bundesnaturschutzgesetz zu erstellen, der nach der Genehmigung durch die Obere Naturschutzbehörde umzusetzen ist.

Ziel ist, den Umbau des Recyclinghofes Süd im Herbst 2013 in Angriff nehmen zu können.